

Liebe Leserin, lieber Leser,

der November 2020 steht nicht nur im Zeichen der Corona-Pandemie, sondern für uns als Ratsfraktion auch im Zeichen der Beratungen über den städtischen Doppelhaushalt 2021/2022. Obwohl der Haushaltsentwurf erst in der Ratsversammlung am 19. November eingebracht werden wird, haben wir in dieser Woche bereits unsere Schwerpunkte und Kernbotschaften zu den Haushaltsplanberatungen diskutiert. Damit gehen wir mit klaren Zielen in die Beratungen des städtischen Haushaltsplans, die sich in diesem Jahr angesichts der angespannten Haushaltslage besonders schwierig gestalten dürften.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Dezernate komplett besetzt

Mit unserem Stadtbaurat Thomas Vielhaber (rechts, mit unserem Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich) sind seit dieser Woche die Spitzen der Dezernate in der Stadtverwaltung komplett besetzt. Bereits im Laufe des vergangenen Monats hatten zunächst Lars Baumann als Personaldezernent und danach auch Sylvia Bruns als Sozialdezernentin ihre Arbeit aufgenommen.

Wir gehen davon aus, dass nun bestimmte Themen zügiger bearbeitet werden, so zum Beispiel die Frage der Unterbringung obdachloser Menschen, die angesichts des anstehenden Winters dringend einer Lösung bedarf.



Schwerpunkte zum Haushalt 2021/22

In unserer Fraktionssitzung stand am Dienstag dieser Woche die Diskussion um unsere Schwerpunkte und Kernbotschaften zur Beratung des städtischen Doppelhaushalts für die Jahre 2021 und 2022 im Mittelpunkt. Grundlage der Diskussion waren die Vorschläge des Stadtverbandsvorstandes, die

dieser gemeinsam mit dem Stadtverbandsbeirat, also den Vertreter*innen der Ortsvereine, erarbeitet hat.

Nach einer intensiven Diskussion haben wir die folgenden Schwerpunkte und Kernbotschaften für die Haushaltsplanberatungen verabschiedet:

1. Investitionen in Bildung trotz und gegen die Krise – von frühkindlicher Bildung bis zur Schule,
2. Soziale Sicherung & Zusammenhalt,
3. Arbeit & Wirtschaft – Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz.

Diese Schwerpunktsetzung bedeutet nicht, dass wir die anderen Themenfelder nicht beraten und bearbeiten werden. Vielmehr ist es unser Anspruch als Volkspartei, in allen Bereichen zeitgemäße Antworten auf die Fragen unserer Stadt zu liefern.

Aus dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

Im Mittelpunkt der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am Mittwoch (04.11.) stand die [Aktualisierung und Verlängerung der Hannoverschen Wohnungsbauoffensive](#). 2016 hatte die Landeshauptstadt unter unserem Oberbürgermeister Stefan Schostok mit der Wohnungswirtschaft diese [Vereinbarung](#) geschlossen, deren [Fortführung](#) wir im vergangenen Jahr in Auftrag gegeben hatten. Sie sah den Neubau von jährlich 1.000 Wohnungen bis zu diesem Jahr vor, von denen 25 Prozent als geförderter Wohnraum entstehen sollte. Zudem sollten 2.000 Belegrechte neu geschaffen oder gesichert werden.

Bis einschließlich 2022 sollen nun 1.300 Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden. Die Sozialquote wird nun auf 30 Prozent steigen, wie dies der Rat auf unseren [Antrag](#) hin vor zwei Jahren beschlossen hatte. Der Neubau von 1.300 Wohnungen jährlich ist insofern realistisch, als die Wohnungswirtschaft die 2016 vereinbarten Zahlen deutlich übertroffen hatte: So entstanden bereits in den vergangenen vier Jahren durchschnittlich 1.200 Wohnungen, im Jahr 2019 1.295 Wohnungen und im Jahr zuvor sogar 1.526.

Den Wohnungsbau in Hannover voranzutreiben und dabei preisgünstige Wohnungen zu schaffen, ist auch das Ziel unseres Antrags zu einem Modellprojekt für [8-Euro-Wohnungen](#) (Netto-Kaltmiete), der mehrheitlich im Bauausschuss beschlossen wurde. Ziel des Projekts ist es, durch den Einsatz von Holz als Baustoff Kosten zu sparen und auf diese Weise ohne Förderung Wohnraum zu schaffen, der für Haushalte mit mittleren Einkommen bezahlbar ist. Den Auftrag zur Umsetzung des Projekts soll unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft hanova erhalten.

Was es mit diesem Antrag auf sich hat und welche Instrumente zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums wir darüber hinaus einsetzen, erklärt unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich im [Video](#).

Die Firma AS Solar hat ihren Gewerbebetrieb auf dem Grundstück Nenndorfer Chaussee 9 aufgegeben. Schon in 2019 hat die Stadt das Grundstück erworben. Eine Halle auf dem Gelände soll von der Feuerwehr für das Katastrophenmanagement und Ausbildung genutzt werden. In dem ehemaligen Bürogebäude hingegen plant die Verwaltung, eine Notschlafstelle für Obdachlose (ggf. für Flüchtlinge) einzurichten.

Um überhaupt in die weitere Planung einzutreten, war eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig. Dem hat die Ampel jetzt im Bauausschuss zugestimmt. Der Vorwurf der Opposition, die Nachbarschaft im Wohngebiet Canarisweg wäre von dieser Änderung des Bebauungsplans betroffen, ist insofern unhaltbar, als der Standort und der Canarisweg durch die vierspurige Bückeburger Allee getrennt sind und die kürzeste fußläufige Verbindung zwischen beiden rund 700 Meter beträgt. Von Nachbarschaft kann man da wohl kaum sprechen.

Die Ausstattung der Unterkunft und die soziale Betreuung dort sind nun Gegenstand der weiteren Beratungen, an denen auch der Bezirksrat Ricklingen beteiligt ist.

Anträge

Die Schulentwicklungsplanung ist ein wichtiges Instrument um die Bevölkerungsentwicklung und Schulbaumaßnahmen in unserer Stadt in Einklang zu bringen. Den aktuellen Schulentwicklungsplan 2020 hat unsere Schul- und Bildungs-AG zum Anlass genommen, einen umfassenden **Forderungskatalog zu den Schulraumbedarfen** in Hannover zu erarbeiten und mit verschiedenen Akteur*innen aus dem Bildungsbereich zu diskutieren. Aus diesen Beratungen ist ein neun Punkte umfassender Antrag entstanden, der sowohl dem steigenden Bedarf im Bereich der Grundschulen als auch der weiterführenden Schulen Rechnung trägt. Zudem enthält der Antrag weitgehende Forderungen enthält, wie zum Beispiel die Schaffung einer zusätzlichen Integrierten Gesamtschule (IGS), der 13. in Hannover. Diesen Antrag haben wir einstimmig beschlossen und werden ihn nun mit unseren Partner*innen von Grünen und FDP beraten.

Die Gastronomie ist durch die Schließungen im Zuge der Pandemiebekämpfung besonders hart betroffen. Um die Gaststätten und Restaurants zu unterstützen, haben wir bereits im Rahmen des Hannoverschen Stabilitätspakets auf die Erhebung der Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie bis zum Jahresende verzichtet. Mit weiteren Maßnahmen wollen wir nun den **Gaststätten und Restaurants helfen**. So haben wir einen Antrag beschlossen, der die befristete Aufhebung des Verbots von Pavillons im Außenbereich sowie die Erlaubnis vorsieht, höhere Windschutzbauten aufzustellen. Beide Maßnahmen sollen bis zum Ende der Corona-Verordnungen des Landes oder bis zum 31. Mai 2021 gelten. Wir hoffen, damit die Gastronomie auch auf kommunaler Ebene unterstützen, sobald Gaststätten und Restaurant wieder öffnen dürfen.

Im Rahmen der letzten Haushaltsplanberatungen haben wir die Verwaltung beauftragt, eine [städtische Gesamtstrategie zur Beteiligung von Jugendlichen](#) vorzulegen und ein Konzept für ein Jugendbeteiligungsbüro zu erarbeiten. Zu dieser [„Gesamtstrategie Jugendbeteiligung“](#) haben wir in der vergangenen Fraktionssitzung einen Änderungsantrag beschlossen, der die Altersgruppe der zu Beteiligten um die 10- bis 14-Jährigen ausweitet und den Stadtjugendring in die Veranstaltung von Jugendforen einbezieht. Außerdem soll die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten, wie die gewählten Vertretungen von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Beirat zur Förderung der Jugendkulturen einbezogen werden können. Wir hoffen, dass wir diese Änderungen mit unseren Partner*innen verständigen können, um die Jugendbeteiligung in unserer Stadt zu stärken.

Erreichbarkeit des Fraktionsbüros

Unser Büro wird trotz der neuen Beschränkungen wegen der Covid-19-Pandemie vorerst weiterhin zu den üblichen Geschäftszeiten erreichbar sein. Wir bitten aber um Verständnis dafür, sollte es aufgrund neuer Beschränkungen kurzfristig zu Einschränkungen in der Erreichbarkeit unserer Geschäftsstelle kommen.

Eine Stadt für alle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>,
Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>